

DIGITALE VERWALTUNG? GIBT ES NICHT UMSONST!

INFOBRIEF

01/2024

Schwerpunkt

Digitalisierung der Verwaltung:
Am Geld darf sie nicht scheitern

2

Künstliche Intelligenz

Jetzt durchstarten!

3

Cybersicherheit

Strukturelle Defizite bundesweit lösen

4

Registermodernisierung

Richtig machen!

6

DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG

AM GELD DARF SIE NICHT SCHEITERN!

VITAKO

Die aktuelle Debatte zum Bundeshaushalt unterstreicht, dass harte finanzpolitische Entscheidungen anstehen. Umso wichtiger ist es, Prioritäten zu erkennen und staatliche Schlüsselaufgaben auskömmlich zu finanzieren. Die Digitalisierung der Verwaltung zählt dazu.

Warum? Weil eine digitale Verwaltung eine effiziente Verwaltung ist. Sie macht den Menschen das Leben leichter. Sie erspart ihnen Wartezeiten in den Amtsstuben, beschleunigt die Auszahlung von Elterngeld und die Bewilligung von Bauanträgen. Sie erleichtert es den Unternehmen, in Deutschland zu investieren und wichtige Wachstumsimpulse zu geben.

Die Verwaltungsdigitalisierung zählt damit zu den Top-Themen der politischen Agenda. Das rückt die Kommunen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, da diese rund 80 Prozent aller Verwaltungsleistungen stemmen. Hier stellen sich die fiskalischen Nöte mit einem neuerlichen Rekorddefizit zwar in besonderer Weise dar, dennoch: Wesentliche Projekte sind zu priorisieren und zu finanzieren. Ein erfolgreicher Ansatz könnte sein, Kooperationen zwischen Kommunen auszuloten, um finanzielle Mittel bestmöglich zu nutzen.

AUCH BUND UND LÄNDER GEFORDERT

Angesichts der überragenden Bedeutung der Verwaltungsdigitalisierung für das gesamte Staatswesen sind auch Bund und Länder gefordert, die Kommunen zu unterstützen. Drei Themen stehen aktuell im Fokus:

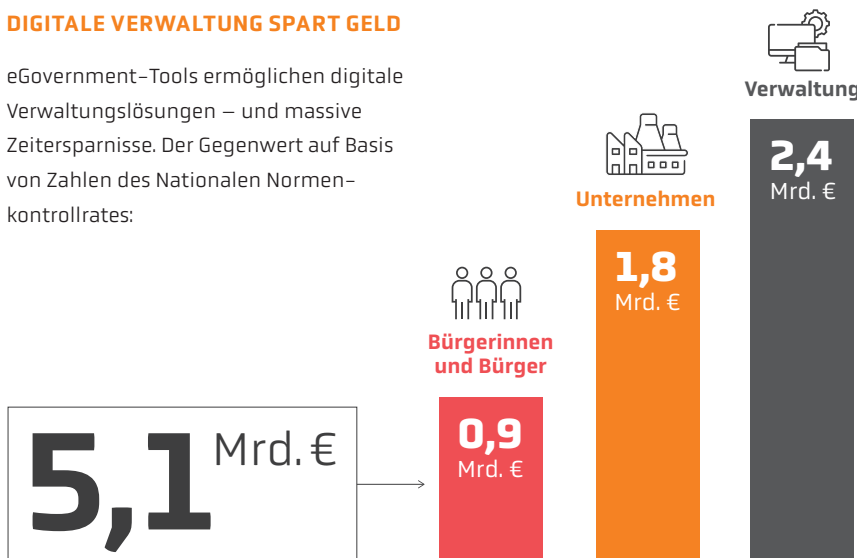
- **Systematische Finanzierung ermöglichen:** Digitale Anwendungen müssen nun in die Fläche gebracht werden. Hierfür haben sich millionenschwere Fördermittel für kleinteilige Einzelprojekte als nicht zielführend erwiesen.

- **Bundeshaushalt nachjustieren:** Allein für die Registermodernisierung – die neben dem OZG zu den zentralen Vorhaben für die Verwaltungsdigitalisierung zählt – sowie für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) stehen laut aktuellem Haushaltsentwurf für 2025 gegenüber 2024 rund 78 Millionen Euro weniger zu Verfügung. Der Bundestag muss hier dringend nachjustieren.

- **Kommunen unterstützen:** Die kommunalen Spitzenverbände prognostizieren für 2024 eine Verdopplung ihrer Defizite auf 13,2 Milliarden Euro. VITAKO unterstützt ihre Forderung nach einer besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen, auch um verstärkt in die Digitalisierung investieren zu können.

DIGITALE VERWALTUNG SPART GELD

eGovernment-Tools ermöglichen digitale Verwaltungslösungen – und massive Zeitersparnisse. Der Gegenwert auf Basis von Zahlen des Nationalen Normenkontrollrates:



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (IW), 2022

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

JETZT DURCHSTARTEN!

VITAKO

Künstliche Intelligenz (KI) bietet für moderne Arbeitsabläufe enorme Potenziale – das gilt auch für die Verwaltung. KI-gestützte Prozesse können die Effizienz steigern und die Ergebnisqualität verbessern. VITAKO schafft wesentliche Voraussetzungen, damit der Rollout der Technologie deutschlandweit gelingen kann.

Im August 2024 ist die KI-Verordnung – auf Englisch AI Act – auf europäischer Ebene in Kraft getreten. Ein Meilenstein: Mit der Verordnung werden erstmals wesentliche Prämissen für den sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit der Technologie festgelegt. Nun gilt es, diese Vorgaben bis spätestens 2025 in die nationale Gesetzgebung umzusetzen und damit gleichzeitig einen breit

angelegten Rollout in den Kommunalverwaltungen zu starten. Für einen Erfolg sind folgende Punkte zu beachten:

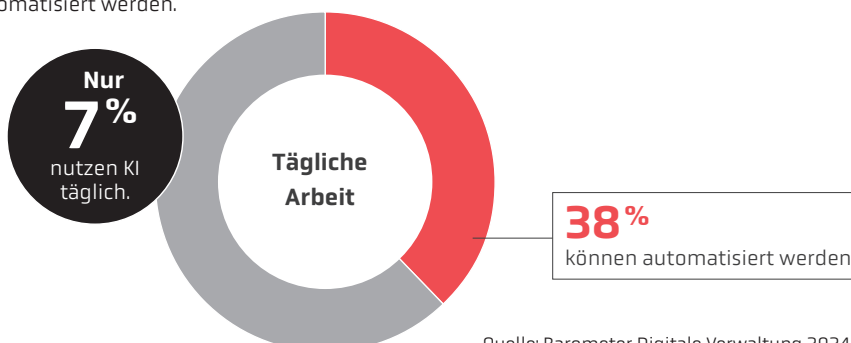
NEUE KI-GUIDELINE

VITAKO treibt den sicheren und effizienten Rollout von KI in der Verwaltung voran. In Zusammenarbeit mit KGSt hat die Bundes-Arbeitsgemeinschaft jetzt eine neue KI-Guideline veröffentlicht. Der Leitfaden bietet Verwaltungsmitarbeitenden eine praxisnahe Handreichung zum Einsatz von Large Language Modellen (LLMs) und Generativer KI. Darüber hinaus wird VITAKO auf der Smart Country Convention (SCCON) gemeinsam mit Bitkom eine Masterclass für die Leitungsebene von Verwaltungen anbieten. Führungskräfte sollen dabei befähigt werden, in ihrer Verwaltung angemessene Rahmenbedingungen für den Einsatz von KI vorzugeben.

- **Marktüberwachungsbehörde mit umfassenden Kompetenzen ausstatten:** In Deutschland wird die Bundesnetzagentur voraussichtlich die Rolle der Marktüberwachungsbehörde einnehmen. Als zentrale Anlaufstelle sollte sie die öffentliche Verwaltung darüber hinaus beim Einsatz von KI unterstützen dürfen, etwa mit praxisnahen Checklisten zur eigenen Risikobewertung sowie einem breit angelegten Wissensmanagement. Diese sollten auch Kommunen und kommunalen IT-Dienstleistern zur Verfügung gestellt werden.
- **Zugang zu KI-Reallaboren gewährleisten:** Neue KI-Systeme werden spätestens ab 2026 in KI-Reallaboren erprobt und evaluiert. In Deutschland ist ein kostenloser Zugang bislang allerdings nur für Start-ups und KMUs vorgesehen. Kommunale IT-Dienstleister und Kommunen sammeln heute bereits wichtige Erfahrungen für den Einsatz von KI in der Verwaltung – und sollten diese auch in die Reallabore mit einbringen können.
- **Langfristige Nutzung mitdenken:** Neue KI-Anwendungen sollten heute schon auf zukünftige Anforderungen ausgerichtet werden. Bei der öffentlichen Verwaltung müssen dabei wichtige technische Aspekte bedacht werden: So muss KI künftig etwa auf souveränen Cloud-Infrastrukturen trainiert und betrieben werden können. Zudem sind entsprechende Standards zur Anbindung von KI-Modellen an die Fachverfahren zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollten zentrale Nachhaltigkeitskriterien auch bei KI-Anwendungen eingehalten und die Energieeffizienz der Systeme stetig verbessert werden.

KI-POTENZIAL FÜR VERWALTUNGEN

Laut Verwaltungsmitarbeitenden könnten durchschnittlich 38 Prozent ihrer täglichen Arbeit automatisiert werden.



Quelle: Barometer Digitale Verwaltung 2024

CYBERSICHERHEIT

STRUKTURELLE DEFIZITE BUNDESWEIT LÖSEN

VITAKO

CYBERGEFAHREN WERDEN NACH WIE VOR UNTERSCHÄTZT

Laut VITAKO-Mitgliedern wird die Relevanz von Cybergefahren von kommunalen Entscheidern ...

... unterschätzt



... realistisch eingeschätzt



... überschätzt



Quelle: VITAKO-Umfrage, Juli 2024

KRITIS-EINSTUFUNG VON HÖCHSTER RELEVANZ

Für **86%** der VITAKO-Mitglieder genießt die KRITIS-Einstufung hohe oder höchste Priorität.

Quelle: VITAKO-Umfrage, Juli 2024

Ab Ende Oktober 2023 konnten über 70 nordrhein-westfälische Kommunen über Wochen keine Pässe ausstellen, keine Geburten registrieren und Sozialhilfeleistungen nur bedingt auszahlen. Kommunikation über die bekannten Mailadressen war über Monate nicht möglich, Websites nicht aufrufbar. Das zeigt: Bund, Länder und Kommunen müssen das Thema Cybersicherheit dringend priorisieren – und strukturelle Defizite beheben.

Deutschlands kommunale Verwaltung gleicht in Sachen Cybersicherheit einem Flickenteppich. Anders als bei Pkws

und Spielplätzen gibt es für die kommunale IT keine verbindlichen Sicherheitsstandards. Folge: Finanzielle Ressourcen der einzelnen Kommunen sowie persönliches Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungen entscheiden

darüber, ob Bürgerinnen und Bürger staatliche Basisleistungen verlässlich erhalten. Gewachsene hierarchische Strukturen begünstigen, dass IT-Sicherheit „wegdelegiert“ wird – und die Verwaltungsmitarbeitenden weder über die notwendige IT-Kompetenz noch über Zeit und Budget verfügen, um das Thema adäquat zu bearbeiten.

Diese Situation ist inakzeptabel. Sie erleichtert es kommerziellen Cyberbanden und ausländischen Hackergruppierungen auf skandalöse Art und Weise, Deutschlands Verwaltungen lahmzulegen. Ein weitreichender Kollateralschaden: Die Menschen verlieren das Vertrauen in die staatliche Leistungsfähigkeit.

KOMMUNALE IT ALS KRITISCHE INFRASTRUKTUR KLASSIFIZIEREN

Wie Deutschland die Grundlagen für mehr Cybersicherheit schaffen kann? Indem die kommunale IT endlich als Kritische Infrastruktur (KRITIS) eingestuft wird. Wesentlicher Vorteil: KRITIS-Sektoren wie Krankenhäuser, Stromversorger oder Wasserwerke unterliegen bundesweit geltenden Vorschriften, damit sie ihre Dienste zuverlässig erbringen können. Diesen Rahmen benötigen wir auch für die kommunale IT. Umso unverständlicher, dass sich der IT-Planungsrat Anfang November 2023 im Rahmen der europäischen NIS-2-Richtlinie dagegen ausgesprochen hat, den KRITIS-Anwendungsbereich entsprechend zu erweitern.

Für VITAKO ist klar: Die Verwaltungs-IT ist aufgrund ihrer überragenden Bedeutung für die Daseinsvorsorge als KRITIS einzustufen. Sollte dieser Schritt weiter blockiert werden, müssen die Länder gemeinsam ein einheitliches und wirksames Regelwerk für Landes- und Kommunalverwaltungen entwickeln. Zwei wesentliche Punkte, an denen sich Vorgaben der erwähnten NIS-2-Richtlinie orientieren, lauten:

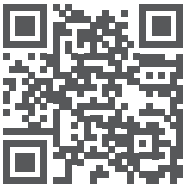
STRUKTURELLE DEFIZITE BUNDESWEIT LÖSEN



- **Einheitliches Sicherheitsniveau:** Alle Kommunen und ihre Rechenzentren wären gleichermaßen verpflichtet, Konzepte für die Sicherheit ihrer IT-Systeme, die Bewältigung von Sicherheitsvorfällen, Aufrechterhaltung des Betriebs und Krisenmanagements zu erstellen und umzusetzen sowie sich mit Multi-Faktor-Authentifizierung und Verschlüsselung auseinanderzusetzen.
- **Finanzierung:** Die Kommunen müssen für zusätzliches Personal, Qualifizierungen und Investitionen in Soft- und Hardware finanzielle Unterstützung erhalten. Aufgrund des Konnexitätsprinzips sind die Länder verpflichtet, die Mittel in ausreichender Höhe bereitzustellen. Allerdings sollte dies eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern sein.

PERSPEKTIVE UND POSITION VON VITAKO ZU RESILIENZ UND CYBERSICHERHEIT:

<https://vitako.de/positionen>



BSI ZUR ZENTRALSTELLE AUSBAUEN

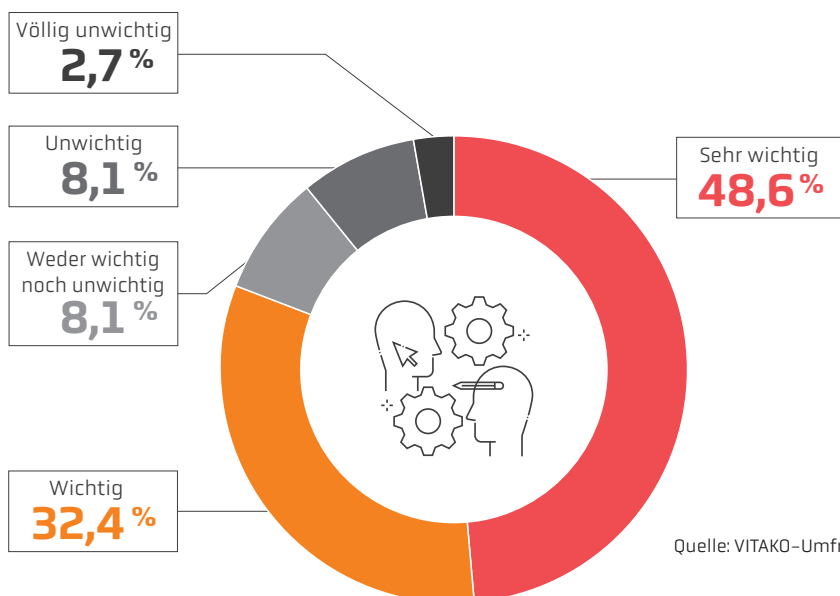
Ein zweites, überragendes Thema betrifft das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Keine andere Behörde vereint auch nur annähernd so viel Know-how und Ressourcen zum Thema Cybersecurity und wäre ein idealer Partner, um Kommunen zu unterstützen. Allerdings: Nach aktueller Rechtslage darf das BSI nur äußerst begrenzt helfen:

- **Unterstützung bei Angriffen:** Bei IT-Sicherheitsvorfällen dürfen BSI-Fachexpertinnen und -experten im Rahmen von Amtshilfe nur kurzzeitig Kommunen vor Ort bei der Analyse und Mitigation des Angriffs unterstützen. Meist müssen diese nach wenigen Tagen wieder abgezogen werden. Dabei kann allein die Analyse mehrere Wochen beanspruchen.
- **Informationen:** Die Cybersicherheitswarnungen werden vom BSI zwar täglich auf deren Homepage veröffentlicht, differenzierte Informationen zu angegriffenen oder gefährdeten Kommunen werden jedoch nicht bereitgestellt.

Es ist nicht sachgemäß, dass Bund und Länder die Unterstützung durch das BSI in Anspruch nehmen können, die Kommunen hingegen nicht. Deshalb: Es muss darum gehen, rechtliche Änderungen – auch Grundgesetzänderungen – vorzunehmen und das BSI zur Zentralstelle auszubauen. Als solche dürfte es seine Fachexpertise und seine Dienste den Kommunen im Krisenfall so lange wie nötig zur Verfügung stellen.

BSI-KOMPETENZ STÄRKER EINBINDEN

Wie wichtig wäre es, dass das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Kommunen künftig bei Cyberangriffen umfassend unterstützen dürfte?



Quelle: VITAKO-Umfrage, Juli 2024

Parallel sind die Kommunen und ihre IT-Dienstleister gefragt, mehr Cybersicherheit zu etablieren und eigene Maßnahmen zu verfolgen. Zwei Themen stehen im Vordergrund. Erstens: Software und Fachverfahren müssen künftig sicherer werden. Dabei sollte die Modernisierung und Standardisierung nach dem Prinzip Security-by-Design im Fokus stehen. Zweitens: Prävention wie das Identifizieren von Bedrohungsszenarien ist wesentlich für eine möglichst hohe Resilienz. VITAKO setzt sich für eine Standardisierung von Basis-Infrastrukturen ein und strebt die gemeinsame Entwicklung und Durchführung von Notfall-Übungen an.

REGISTERMODERNISIERUNG

RICHTIG MACHEN!

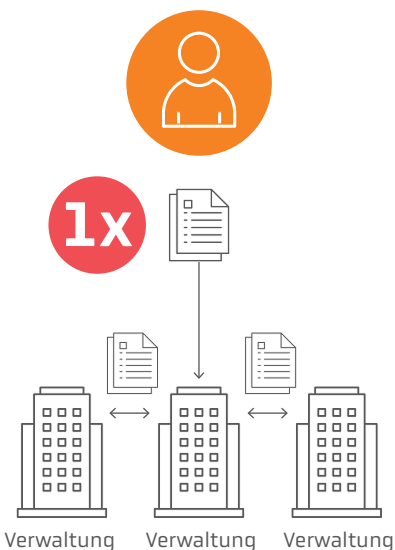
VITAKO

REGMO READINESS-CHECK

Für Kommunen und registerführende Stellen (Data Provider): VITAKO bietet mit dem RegMo Readiness-Check eine umfassende Hilfestellung, um bestehende Fachverfahren auf ihre Anschlussfähigkeit an das NOOTS zu überprüfen.

ONCE-ONLY HEISST:

Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Daten der Verwaltung nur noch einmalig zur Verfügung stellen.



Verwaltungsdigitalisierung heißt: Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Daten künftig nur noch einmalig mitteilen, alle Prozesse werden vollständig digital abgewickelt. Dafür müssen jetzt hunderte Register digitalisiert und verknüpft werden. Danach können sie von den Behörden deutschlandweit und in Echtzeit angefragt werden.

Die Verwaltungen in Deutschland verfügen über Milliarden Daten, die in verschiedenen Registern gespeichert sind. So werden sämtliche Personendaten der Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt etwa im lokalen Melderegister erfasst. Im Personenstandsregister sind hingegen Geburten, Eheschließungen und Todesfälle dokumentiert. Und im Bau- und Immobilienregister werden Grundbucheinträge und Baugenehmigungen hinterlegt. Diese Register müssen in den kommenden Jahren systematisch verknüpft werden. Das Ziel lautet Once-Only: Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Daten künftig nur noch einmalig angeben müssen, danach können diese zwischen den Behörden deutschlandweit und in Echtzeit angefragt werden – vorausgesetzt der Antragsteller oder die Antragstellerin stimmen dem Datenaustausch zu.

Das Ziel lautet Once-Only: Bürgerinnen und Bürger sollen ihre Daten künftig nur noch einmalig angeben müssen, danach können diese zwischen den Behörden deutschlandweit und in Echtzeit angefragt werden – vorausgesetzt der Antragsteller oder die Antragstellerin stimmen dem Datenaustausch zu.

GEMEINSAM UMSETZEN

Grundvoraussetzung dafür ist zunächst ein gesamtheitliches Zielbild. Registermodernisierung muss im Kontext weiterer verwaltungsdigitaler Themenfelder Ende-zu-Ende gedacht werden, um für ein funktionierendes Once-Only Synergien zu nutzen und Ressourcen bei der Umsetzung zu schonen. Die Registermodernisierung bedarf zudem eines gemeinsamen Vorgehens. Hierfür muss die Anbindung der nachweisliefernden Stellen an die Infrastruktur und Komponenten der Registermodernisierung in den jeweiligen Bundesländern und insbesondere in den Kommunen abgestimmt werden. Insofern müssen drei Punkte vorangebracht werden:

- **Praxisnahe Priorisierung:** Eine sinnvolle Reihenfolge unter Nutzung von Erfahrungen und Synergien sollten die Fachministerkonferenzen gemeinsam mit der kommunalen Ebene erarbeiten.
- **Nachhaltige Finanzierung:** Die Kosten für Registeranbindung und Betrieb sind ungeklärt. Es bedarf einer nachhaltigen und verbindlichen Budgetplanung.
- **Breit angelegter Wissenstransfer:** Erfahrungen und Informationen sollten transparent weitergegeben werden. Ein breit nutzbares Wissensmanagement hilft, damit Kommunen die notwendigen Voraussetzungen für die Registeranbindung zeitnah vorbereiten können. VITAKO bietet dabei eine praxisnahe Hilfestellung: Mit dem neuen RegMo Readiness-Check, der im September auf der VITAKO-Seite veröffentlicht wird, können Kommunen und registerführende Stellen (Data Provider) prüfen, wie gut sie auf die technischen Anforderungen bereits vorbereitet sind.

Herausgeber: Vitako | Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. Charlottenstraße 65 | 10117 Berlin | www.vitako.de
Verantwortlich: Sören Kuhn, Vorstandsvorsitzender, **Redaktionsschluss:** 9. September 2024
Agenturpartner: Köster Kommunikation | GDE Kommunikation gestalten